

<b>Protokoll:</b>	<b>Ausschuss für Klima und Umwelt des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart</b>	<b>Niederschrift Nr.</b>	48
		<b>TOP:</b>	6
<b>Verhandlung</b>		<b>Drucksache:</b>	
		<b>GZ:</b>	
<b>Sitzungstermin:</b>	28.10.2022		
<b>Sitzungsart:</b>	öffentlich		
<b>Vorsitz:</b>	BM Pätzold, BM Thürnau		
<b>Berichterstattung:</b>	Herr Kapp (AfU), Frau Ortmann (GFF), Herr Dr. Hölzl (GesundhA)		
<b>Protokollführung:</b>	Herr Haupt / pö		
<b>Betreff:</b>	<b>"Klimawandelanpassung - aktueller Sachstand" - mündlicher Bericht -</b>		

Die zu diesem Tagesordnungspunkt gezeigte Präsentation ist dem Protokoll als Datei- anhang hinterlegt. Aus Datenschutzgründen wird sie nicht im Internet veröffentlicht. Dem Originalprotokoll ist sie in Papierform angehängt.

Dieser TOP wird gemeinsam mit TOP 7 (NNr. 49) behandelt. Die Aussprache wird unter diesem TOP wiedergegeben.

Herr Kapp (AfU) berichtet im Sinne der angehängten Präsentation bis Folie 32. Er verweist auf mehrere, sich auf seine Ausführungen beziehenden ausgelegte Broschüren. Frau Ortmann (GFF) berichtet im Sinne der angehängten Präsentation von Folie 33 bis 44.

Herr Hölzl (GesundhA) betont, die Thematik "Schutz vor Hitze" insbesondere für die vulnerablen Personen sei Beratungsinhalt des Gesundheitsamts konkret in Altenpflegeheimen, zunehmend auch in Kindertagesstätten und weiteren öffentlichen Einrichtungen. Zudem betreffe dies Beratungsdienste wie Bürgerservice Leben im Alter, Pflegestützpunkt sowie soziale Bereiche und Einrichtungen, die im Vor- und Umfeld von Pflege tätig seien. Außerdem würden die Begegnungsstätten und Stadtteilhäuser über dieses Thema beraten und informiert. Im Fokus stünden Themen wie das Trinken, Trinkwasser und die Nutzung von qualitativ sehr hochwertigem Leitungswasser. Ebenso betreffe dies die Aspekte der Kühlung, Schatten sowie den UV-Schutz. In diesem Rahmen und insbesondere im Rahmen entsprechender Begehungen und Beratungen werde der Allgemeinheit auch ein Hitze-Flyer zur Verfügung gestellt. Der Hitze-Flyer werde vom

Gesundheitsamt in Zusammenarbeit mit L/OB-K kontinuierlich weiterentwickelt. Die letzte Aktualisierung sei in diesem Sommer vorgenommen worden. Die gesamte Bürgerschaft solle ebenso informiert werden, um sich besser vor Hitze schützen zu können. In diesem Sommer sei zudem im Auftrag des Sozialamtes ein Hitzebus unterwegs gewesen, der eine Institution vom Deutschen Roten Kreuz darstelle. Dieser Hitzebus biete vor allem Obdachlosen Kühlmöglichkeiten und kostenloses Wasser an. Weitere Bereiche, in denen das Gesundheitsamt bezüglich Klimawandel aktiv sei, seien Beratungen und Beteiligungen im Rahmen von Baugesuchen und Bebauungsplänen. Dies betreffe ebenso zunehmend die Trinkwasserüberwachung, u. a. bezüglich des Verkeimungsrisikos bei zunehmenden Temperaturen und Durchschnittstemperaturen. Außerdem würden Themen wie Vektoren und invasive Spezies wie beispielsweise Tigermücken oder auch Ambrosien behandelt. Für Beratungen und Anfragen aus Politik und Presse stehe die Verwaltung ebenso zur Verfügung. Vonseiten des Eigenbetriebs Leben und Wohnen liege ihm ein Bericht vor, so Herr Dr. Hölzl, in dem die gerade in den zurückliegenden Jahren in vielen Gebäuden durchgeführte energetische Sanierung dargestellt werde. In diesem Zusammenhang sei auch der Aspekt des Hitzeschutzes berücksichtigt worden. Aktuell würden noch ausstehende Arbeiten geplant und durchgeführt, wie beispielsweise die Verschattung im Zamenhof im Stadtbezirk West (Stand Angebotsphase) sowie die Erneuerung und Reparatur der Verschattung im Generationenhaus Heschl. In der direkten Pflegeplanung der Häuser sei das Thema der ausreichenden Trinkmenge der Bewohnenden sehr wichtig. Zusammenfassend betont Herr Dr. Hölzl in Bezug auf die vorliegenden Anträge, dass zahlreiche Einzelmaßnahmen durchgeführt würden und hierbei verschiedene Bereiche betroffen seien. In den kommenden Jahren werde ein umfassenderes und übergreifenderes Schutzkonzept und dessen Ausarbeitung von großer Bedeutung sein. Dies betreffe ebenso dessen Weiterentwicklung und die kontinuierliche Betreuung, wofür jedoch das Gesundheitsamt zum heutigen Stand nicht über die personellen Ressourcen verfüge. Vor diesem Hintergrund werde er die Anträge als Auftrag verstehen, die sich auf die Haushaltsplanberatungen beziehen würden, so Herr Dr. Hölzl.

Es werde ersichtlich, so BM Pätzold, Klimaanpassung sei ein ämterübergreifendes Thema und werde durch die Verwaltung bereits intensiv bearbeitet. Es sei versucht worden, die Anträge 237/2022 (90/GRÜNE) und 238/2022 (FDP, CDU, Die FrAKTION) zu beantworten. Der Verwaltung sei es wichtig gewesen zu zeigen, wie viele Maßnahmen im Bereich der Klimaanpassung durchgeführt würden. Das Klimawandel-Anpassungskonzept Stuttgart (KLIMAKS) bestehe bereits über eine längere Zeit und es liege der Auftrag vor, dieses fortzuschreiben. An dieser Fortschreibung seien zahlreiche Ämter beteiligt. Es habe in der Sommerpause eine Anfrage zur Frage gegeben, welche Maßnahmen die LHS hinsichtlich der Klimaanpassung durchführe. Falls ein Nutzer in einen PC-Browser die Suchbegriffe "Klimaanpassung Stuttgart" eingabe, werde als erstes Suchergebnis die Homepage der Klimaaktionskampagne der LHS "#jetztklimachen" angezeigt. Als zweites Suchergebnis erhalte man das "Stadtklima Stuttgart" und das Klimaanpassungskonzept mit weiteren Informationen. Aus diesem Beispiel werde ersichtlich, dass die Stadt Stuttgart zahlreiche Aktivitäten zum Klimaschutz anbiete. Manche Maßnahmen seien jedoch nicht direkt erkennbar, wie die Regenretention auf dem Parkplatz des neuen Sportbades.

StRin Munk (90/GRÜNE) lobt wie alle nachfolgenden Rednerinnen und Redner die ausführlichen Informationen der Verwaltung. Sie betont, es handle sich um ein komplexes Thema mit drei Unteraspekten. Daher sei es schwierig, alle Bereiche gebührend zu würdigen. An Herrn Kapp gewandt führt die Stadträtin aus, die Klimatologie der LHS

besitze umfassende Kenntnisse in Bezug auf die weitere Entwicklung des Klimas und ihr seien die nötigen Maßnahmen bekannt, um Klimaschutz zu betreiben und Klimaresilienz zu erreichen. Laut der Prognosen werde Stuttgart aufgrund der Topographie der Kessellage zur heißesten Stadt Deutschlands. Bei allen Planungen müsse zum jetzigen Zeitpunkt damit begonnen werden, das Thema wirklich ernst zu nehmen. Bei der Bauleitplanung sei es ein wichtiger Punkt, zusätzliche Aspekte der Klimaresilienz und des Bereichs Wasser in die Festsetzungen mit aufzunehmen, damit Handhabungen entstehen könnten. Im Baubereich handle es sich mehrheitlich um Projekte im Bestand und es würden Instrumentarien benötigt, die rechtlich wirken könnten. In der Neubauplanung stelle der NeckarPark ein Vorbild dar, und dies zeige sich ebenso in den bestehenden Planungen zum Rosenstein (Thema Schwammstadt). Herr Kapp habe richtigerweise ausgeführt, entsprechende Maßnahmen müssten ebenso im Bestand durchgeführt werden. Hierbei müssten verschiedene Disziplinen wie beispielsweise der Zisternenbau betrachtet werden. Dies könne entweder bei einem einzelnen Gebäude oder quartiersweise umgesetzt werden. In den letzten Haushaltsplanberatungen habe ihre Fraktion in Bezug auf das von Herrn Kapp vorgestellte Projekt "Hasenspielplatz" einen Antrag gestellt, damit dieses wie die Initiative "Stadtbelebung" unterstützt werden könne. Das Projekt stehe beispielhaft für eine Quartiersentwicklung hinsichtlich der Aspekte der Grauwassernutzung, der Regenwassernutzung sowie der Versickerung. Es bestünden in diesem Bereich gebührenrechtliche Probleme, und es müssten große Anstrengungen unternommen und umfassendes Fachwissen eingesetzt werden, wie Regenwasser im Zusammenspiel der städtischen Liegenschaften mit dem Privatbereich genutzt werden könne. Bei der Bewässerung der Bäume sei jeder Regentropfen wertvoll, der nicht ins Klärwerk gelange, sondern in der Versickerung genutzt werde. Diese Erkenntnis sei ein Zitat des Leiters der SES. Das Projekt "Hasenspielplatz" sei ein Teil des Rahmenplans Talgrund West, und hierbei stelle sich ihre Fraktion vor, im Bestand in der gleichen Art und Weise über Festsetzungen in der Bauleitplanung voranzukommen, wie dies im Neubau vorgesehen sei. Weitere Themen wie Kühlung, Verschattung und Verdunstung seien ebenso wichtig. In Bezug auf die Ausführungen von Frau Ortman zu der Pflanzung von 160 Straßenbäumen, betont StRin Munk, sei bewusst das Programm "Klima in Not" sowie das "1.000-Bäume-Programm" aufgelegt worden. Im Rahmen des Gesundheitsschutzes müsse man hierbei weiter vorankommen. In Hinblick auf die Forststraße bestehe ein Konzept, auf das die Bürgerschaft warte. Ebenso betreffe dies die Wanderbaumallee, bei der eine Pflanzung von Bäumen sehr begrüßenswert wäre. Auf ihre Frage nach dem aktuellen Stand in Bezug auf die Straßenbäume betont BM Pätzold, die Verwaltung werde selbstverständlich zum Thema Straßenbaumkonzept berichten. Allerdings werde nicht auf einen Plan gewartet, sondern es würden die entsprechende Aspekte bei allen Projekten umgesetzt.

StRin Munk betont, im Bereich Gesundheit und Wasser habe ihre Fraktion Trinkbrunnen beantragt und es seien in diesem Zusammenhang bereits einige Maßnahmen durchgeführt worden, die an anderer Stelle in diesem Ausschuss bereits vorgestellt worden seien. In Bezug auf Obdachlose würde an Hitzebusse und Trinkflaschen gedacht. Dies stelle zwar einen Aspekt dar, allerdings müsse in der Stadtplanung ebenso das Thema mobile und interimswise Verschattung berücksichtigt werden, bis die Bäume größer geworden seien. StR Currlle habe ausgeführt, dass ihn Rasengleise erfreuten. Die Stadträtin weist darauf hin, über welch einen langen Zeitraum ihre Fraktion auf Rasengleise hingewirkt habe. Ebenso treffe dies auf die Aspekte der Blühwiesen sowie der Fassaden- und Dachbegrünung zu. Diese Erfolge seien wichtig für die LHS und die Bevölkerung und sie dienten nicht zuletzt dem Gesundheitsschutz.

Bei derartigen Präsentationen denke er, so StR Kotz (CDU), wie grandios es sei, in solchen Zeiten Stadtrat sein zu dürfen und beispielsweise eine Neustadtplanung im Bereich des Rosensteins miterleben zu können, was ebenso den Stadtbau betreffe. Diese Mitgestaltung sei ein Privileg und gleichzeitig eine Verantwortung. StRin Munk habe bereits zahlreiche Themen ausgeführt und mit Blick auf die Uhr und angesichts der noch anstehenden Punkte in der heutigen Sitzung wolle er sich kürzer fassen, ohne jedoch die Themen weniger zu würdigen, so der Stadtrat. In Bezug auf das 1.000-Bäume-Programm erinnere er sich noch an mehrere Kilometer umfassende Heckenbeschlüsse. Er äußert die Bitte nach einer Aufstellung zum Stand, welche Beschlüsse konkret gefasst und welche hiervon umgesetzt worden seien und wie sich die Perspektive für die noch offenen Posten darstelle. Seine Fraktion habe hinsichtlich des Themas Beschattung von Spielplätzen in einem Antrag angeregt, an diejenigen Stellen, an denen eine natürliche Beschattung nicht möglich sei, die Möglichkeit einer technischen Verschattung zu prüfen, um die Qualität der Spielplätze und deren Notwendigkeit nochmals zu unterstreichen. Frau Ortmann betont, sie werde eine konkrete Information zum Thema 1.000 Bäume-Programm aufbereiten. Im Bereich der Beschattung befinde sich aktuell das Thema Sonnensegel in der Bearbeitung. Auch zu diesem Aspekt werde sie Informationen nachliefern.

StR Kotz betont, als er 1994 seine Meisterprüfung als Sanitärinstallateur absolviert habe, habe noch ein Meisterbau eines gesamten Gebäudes erstellt werden müssen. Damals habe er eine der ersten Grauwassernutzungen in einem Mehrfamilienhaus in der Stadt installiert. Dabei seien Dusch- und Badeabwasser in einer Anlage gesammelt und für Toiletten usw. aufbereitet worden. Angesichts der seit damals vergangenen zahlreichen Jahre zeige sich, wie wenig sich diese Technik bislang durchgesetzt habe. An diesem Beispiel werde deutlich, an welcher zahlreichen Stellschrauben noch gearbeitet werden müsse. Insgesamt sei in den letzten Monaten und Jahren eine Dynamik in diesem Bereich nicht lediglich aufgrund der Energiepreise entstanden, sondern aufgrund des Bewusstseins allgemein. Seine Fraktion wolle die Verwaltung intensiv begleiten.

Es sei bereits häufig über das Thema Klimaanpassung und dessen große Bedeutung diskutiert worden, so StRin Schanbacher (SPD). Unter dem Fokus, dass Stuttgart die heißeste Großstadt Deutschlands werde, müsse man sich die gesetzten Prioritäten vergewissern. Es sei daher wichtig, von allen Ämtern gemeinsam einen Input zu bekommen, der die zahlreichen betroffenen Bereiche aufzeige. Ihre Fraktion wolle in Bezug auf den Nachtragshaushalt und die Haushaltsplanberatungen generell erneut das Thema Hitze- und Klimaanpassung einbringen. Hier stelle die Beschattung einen wichtigen Teilbereich dar und dies treffe ebenso auf den Teilbereich der Spielplätze zu. Es gehe um die Frage nach kurzfristigen Lösungen gegen die Sonneneinstrahlung. Der zweite Bereich betreffe das Wasser und der dritte Teil die Gesundheit und hierbei das Thema Hitzeaktionsplan. Hierzu sei bereits mehrfach eine Initiative im Gemeinderat beantragt worden, einen Hitzeaktionsplan aufzustellen. Spätestens seit der Berichterstattung im letzten Sommer sei bekannt, dass die Aufstellung eines Hitzeaktionsplans eine sehr lange Zeitdauer in Anspruch nehme, da er aufgrund der Erfassung der vulnerablen Gruppen und deren Erreichbarkeit sehr aufwendig sei. Dies betreffe u. a. alleinstehende ältere Menschen, bei denen sich die Frage stelle, wie diese erreicht werden könnten. Eine bedeutende Zahl seien die 20.000 Hitzetoten, die nicht einfach akzeptiert werden dürften, sondern es müssten entsprechende Maßnahmen ergriffen werden. Wohlwiegend, dass der Hitzeaktionsplan eine lange Zeitdauer in Anspruch nehme, müsse hierbei personell und finanziell nachgesteuert werden. Der Klimawandel sei Realität und dieser Tatsache müsse sich gestellt werden. Daher entsprächen zahlreiche Steckbriefe

des McKinsey-Gutachtens den Aussagen der Verwaltung. Auf Frage von StRin Schanbacher, wie die Verwaltung bei der Fortschreibung mit den Steckbriefen weiter umgehen werde und wie ein erfolgreiches Pilotprojekt Eingang in die Bauleitplanung und die Bauumsetzung finde, betont Herr Kapp, beim Thema Sanierung fließe das McKinsey-Gutachten als ein Teilschritt in die Forstschreibung ein. Die Maßnahmen würden mit den Steckbriefen hierbei mitaufgenommen und diskutiert. Dabei könnten die Steckbriefe nicht eins zu eins als Vorgaben verwendet werden, sondern quasi als "Erinnerungspunkte" in diesem Forstschreibungsprozess. Entweder könnten die Steckbriefe an bereits bestehende Maßnahmen angedockt werden oder es könne eine neue Maßnahme erstellt werden. Der Rahmenplan Talgrund West werde als Sanierungsplan gesehen. Ein Rahmenplan besitze für die Verwaltung eine initiiierende und bindende Wirkung in ihrem Handeln, die vom Gemeinderat beschlossenen Maßnahmen bestmöglich umzusetzen. In einigen Einzelfällen werde der Bebauungsplan aufgestellt oder es gebe Sanierungsgebiete in der Stadt, welche nicht in Zusammenhang mit dem Klimabereich stünden. Im Bereich der Stadtsanierung sei die Verwaltung gut aufgestellt.

StRin Schanbacher betont, Herr Dr. Hölzl habe auf den großen Beratungsbedarf der Menschen in Bezug auf die Hitzeanpassung und Abkühlungsorte in der LHS hingewiesen. Hinsichtlich der hohen Temperaturen, die ebenso im nächsten Sommer zu erwarten seien, sollten bereits zum jetzigen Zeitpunkt Überlegungen angestellt werden, wie die Bürgerschaft in entsprechende Konzepte eingebunden werden könne. Auf ihre Frage, ob die Verwaltung in diesem Zusammenhang noch weitere Vorstellungen für eine kurzfristige Abhilfe für die Betroffenen habe, betont Herr Dr. Hölzl, die Öffentlichkeitsarbeit solle kurzfristig vor der nächsten Hitzesaison intensiviert werden. Informationsmaterialien wie der Hitze-Flyer und die Website sollten weiterentwickelt werden. In diesem Sommer sei der Flyer beispielsweise um den Hinweis ergänzt worden, dass über die Verlinkung zur Website des Tiefbauamtes eine sehr gute Karte mit Trinkwasserbrunnen gefunden werden könne. Auch einfache, kurzfristig nutzbare Dinge müssten noch besser kommuniziert werden. Hierbei bestehe gemeinsam mit L/OB-K der Auftrag, kurzfristige Hilfestellungen anzubieten, bevor längerfristige Maßnahmen geprüft würden.

StR Rockenbauch (Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei) betont, sowohl die jetzige als auch die bevorstehende Klimasituation sei bekannt. Ebenso sei die Notwendigkeit eines Stadtumbaus und die Sensibilisierung und Vorbereitung auf die dennoch unvermeidbaren lebensbedrohlichen und gefährlichen Hitzezustände in der LHS geläufig. Er wolle nicht auf Einzelprojekte oder einzelne Themen eingehen, sondern es müsse eine Operationalisierung stattfinden. Bei aller Kompetenz der Verwaltung und den Erprobungen und den vorhandenen Forschungsprojekten sei dies unter dem Zeitgesichtspunkt der zentrale Punkt. Die derzeitigen Maßnahmen in Bezug auf den Klimaschutz durch Mittel und Aktionspläne seien zwar nötig, allerdings werde nun für jedes Quartier eine Planung hinsichtlich der Einbringung einer blaugrünen Infrastruktur benötigt. Diese müsse mit anderen Planungen gekoppelt werden. Falls beispielsweise eine Straße ohnehin aufgerissen werden müsse, da ein Radweg errichtet oder ein Wärmenetz installiert werde, müssten gleichzeitig ebenso Maßnahmen in Bezug auf die Versickerung des Wassers für die Bäume berücksichtigt werden. Die gesamten Planungen für den Bestand müssten im Fall einer Sanierung, eines Wärmenetzes oder eines Verkehrsprojekts mit den Maßnahmen zur Klimaanpassung kombiniert werden. Bei der Gebäudesanierung müsse die Gebäudeanpassung berücksichtigt werden. Falls Energie eingespart werde, müsse ebenso ein Beitrag für Maßnahmen zur Verschattung, Verdunstung und Begrünung der Gebäude mitgedacht werden. Nach Auffassung des Stadtrats müsse der Aspekt des Wissens und des Know-How-Erwerbs in eine Organi-

sationseinheit transferiert werden. Es werde eine Planung benötigt, die zumindest die heißesten Orte und Quartiere der Stadt wie das Neckartal und den Stadtkessel sukzessive angehe. Hierzu werde eine Organisationseinheit benötigt, in der die Planungen koordiniert würden. Die Aussage von Herrn Dr. Hölzl habe ihn erfreut, es würden zahlreiche neuen Stellen benötigt, um die Bevölkerung zu sensibilisieren und aufzuklären, so StR Rockenbauch. Ebenso sei zusätzliches Personal beim Thema Klimaanpassung nötig, was das GFF, das ASW sowie das Tiefbauamt betreffe. Ebenso solle der Privatbereich betrachtet werden, der zudem in die entsprechenden Maßnahmen investieren und dies mit Themen wie Blühwiesen für Bienen und der Frage des Wasserhaushalts und der Verschattung kombinieren solle. Es stelle sich die Frage, wer für die Aufstellung dieses Plans in der Stadtverwaltung verantwortlich sei und dem Gemeinderat bestenfalls vor den nächsten Haushaltsplanberatungen über die erforderlichen finanziellen und personellen Mittel sowie ein möglicherweise zusätzliches Förderprogramm berichte.

Es sei eher frustrierend, so StR Dr. Oechsner (FDP), wenn man innerhalb eines Lebens als Schüler gehofft habe, einen Biergarten an mehreren Wochenenden bei gutem Wetter besuchen zu können, während in der heutigen Zeit überlegt werde, ob ein Biergartenbesuch aufgrund der großen Hitze überhaupt möglich sei. Es liege ein Klimawandel vor, auf den man sich einstellen müsse. Es werde Vieles in Bezug auf den Klimaschutz unternommen, damit eine weitere Klimaerwärmung nicht statfinde. Allerdings sei es etwas wärmer in der LHS geworden und es müssten entsprechende Anpassungsstrategien entwickelt werden. Seiner Auffassung nach befinde sich die Stadt hierbei auf einem guten Weg und es werde von allen beteiligten Ämtern eine gute Arbeit geleistet, so der Stadtrat. Ebenso bestünden genügend Förderprogramme, die der Gemeinderat beschlossen habe. Wie bereits angesprochen solle diesbezüglich ein Status quo vorgelegt werden. Es sei erfreulich, dass die Anträge und Anfragen offenbar beim Gesundheitsamt in der Art bearbeitet werden sollten, damit später ein Programm zum Gesundheitsschutz der vulnerablen Gruppen vorliegen solle. Die Frage von StR Rockenbauch, wer die Steuerung der Maßnahmen in der Verwaltung übernehme, sei berechtigt und werde sich sicher in der heutigen Sitzung noch klären.

StR Ozasek (PULS) betont, das Relief der Stadt zeige, mit welcher Problemstellung die Stadt im Windschatten der großen Gebirge aufgrund ihrer Kessellage und der entsprechenden Auswirkungen auf das Windsystem konfrontiert sei. Seit langem sei bekannt, dass sich die LHS spätestens bis zum Jahr 2050 in die Klimazone Siziliens verlagern werde. Dies werde gravierendste Auswirkungen auf die hiesige Flora und Fauna sowie die Ökosysteme und die Witterung der Stadt mit sich bringen. Vor allem das Wassermanagement werde zu einem entscheidenden Thema. In Bezug auf den Umgang mit Extremsituationen wie beispielsweise einer urbanen Sturzflut in der Innenstadt im letzten Jahr müsse Vorsorge betrieben werden. Daher habe die PULS-Fraktionsgemeinschaft in den letzten Haushaltsplanberatungen ein vorsorgendes Klimarisikomanagement und eine Klimaleitplanung angeregt. Dies betreffe die Frage nach notwendigen Maßnahmen beim Umgang mit den Multigefahren. Dies müsse entsprechend als Klimasanierungsräume im Stadtgebiet abgebildet werden, in denen aktiv der Umbau und die Transformation in der gebauten Stadt vorangetrieben werde. Dieses Thema werde die Stadt weiter begleiten und die großen Entwicklungsziele müssten hierauf entsprechend angepasst werden. Dabei werde ein umfassendes Maßnahmensetting benötigt, welches breit in der Verwaltung greife. Dagegen sei kein Klimafahrplan des Beratungsunternehmens McKinsey notwendig, da eine entsprechende Ämterkompetenz vorhanden sei. Die Stadtklimatologie verfüge über eine unglaubliche fachliche Tiefe und eine große gewachsene Kompetenz, auf die andere Kommunen mit Neid blickten. Allerdings

werde diese Kompetenz im operativen Geschäft benötigt und sie müsse in das Handeln aller Akteure in der Stadt übergehen. Ausgehend von den ansehnlichen und begeisternden Visualisierungen zu dem Aspekt, wie Stadträume aussehen könnten, solle der Stadtraum genau in dieser Weise mit Klima- und Wassersensibilität gestaltet werden. Neben dem regionalen Thema Wasser sei der Bereich der zukünftigen Ernährung wichtig. Es stelle sich hierbei die Frage, wie in Zukunft Landwirtschaft betrieben werden solle und auf welche Weise Lebensmittel in der Region erzeugt werden könnten. Diesbezüglich werde Kreativität in Richtung von Agriforstsystemen und der multifunktionalen Zusammenführung von Photovoltaik und Landwirtschaft verlangt. Dadurch könnten Kulturfrüchte und Spezialsonderkulturen vor Extrembedingungen wie Hitze und andauernde Dürre geschützt werden. In der Stadt werde der Aspekt der alternativen Wasserressourcen eine entscheidende Fragestellung sein. Ebenso müsse mit dem Thema Niederschlagswasser und Extremniederschlag entsprechend umgegangen werden, so StR Ozasek. Die PULS-Fraktionsgemeinschaft habe daher einen Prüfantrag mit dem Inhalt eingebracht, eine Machbarkeitsstudie zu erstellen, wie beispielsweise der Marktplatzbunker zu einem zentralen großen Niederschlagswasserspeicher umgebaut werden könne. Es sei ihm bekannt, dass bei manchen dieser Vorschlag ungläubiges Staunen verursache. Allerdings habe seine Fraktion einen Impuls geben wollen, dass im Sinne einer Umnutzungskultur eine Diskussion zu möglichen Optionen auf der Ebene "Minus 1" der Stadt geführt werden solle. Dort könne möglicherweise vorsorglich Infrastruktur angepasst werden, um vor allem mit langanhaltender Dürre umgehen zu können und Wasser zur Verfügung zu haben. Ebenso könnten auf diese Weise die Grünstrukturen vital erhalten bleiben und die Brunnen betrieben werden sowie der Nesenbach, der wieder an die Oberfläche verlegt werden solle, möglicherweise bespeist werden, da sich die Schüttung stetig verringere. Die kontinuierliche Abnahme der Grundwasserneubildung und die Versiegung der Fluss- und Bachläufe im Stadtgebiet in den Sommermonaten stellten ein wichtiges Thema dar. Stuttgart sei seit jeher ein Grundwassermangelgebiet und hiermit müsse entsprechend umgegangen werden. Die Überführung des Themas Schwammstadt in das Bauordnungsrecht und die entsprechende Anpassung von örtlichen Bauvorschriften sei Gegenstand eines weiteren Antrags seiner Fraktion in den letzten Haushaltsplanberatungen. Ziel sei es hierbei, Klimaanpassung in Stuttgart zu betreiben. Die diesbezüglichen Vorschläge der Verwaltung bezeichnet der Stadtrat zwar als gut, sie beträfen jedoch lediglich die neugebaute Stadt. Gleichmaßen müsse allerdings die gebaute Stadt betrachtet werden. Es sei erfreulich, dass die Fortschreibung von KLIMAKS mit dem Zeithorizont 2023 versehen werde. Zudem sei die Aufnahme des Begriffs des Hitzeaktionsplans in KLIMAKS zu begrüßen. Bereits seit rund fünf Jahren habe er zu diesem Thema Anträge im Rahmen der Haushaltsplanberatungen gestellt und diesen Aspekt auch immer wieder angesprochen, so StR Ozasek. Während bislang für den Hitzeaktionsplan keine politische Mehrheit bestanden habe, hätten nun einige Fraktionen ihre Auffassung zu diesem Thema geändert. Der Stadtrat äußert seinen Dank an StR Dr. Oechsner für die Initiierung eines Antrags von dessen Fraktion. Allerdings sei es etwas aktionistisch, wenn erst mitten im Hitzesommer die Thematik begriffen werde. Es seien zusätzliche Personalstellen notwendig, was auch in der Stellungnahme der Verwaltung zu den Haushaltsplanberatungen so ausgesagt worden sei. Von der PULS-Fraktionsgemeinschaft werde daher bereits zum kleinen Stellenplan hierzu ein Antrag vorgelegt, die entsprechenden Personalressourcen bereitzustellen. Im Bereich der Stadtbäume seien die 160 Nachpflanzungen begrüßenswert. Allerdings werde bei Betrachtung der gesamten Baumbilanz im Statistischen Jahresbericht deutlich, es bestehe eine Nulllinie. Die Planung von Potenzialstandorten für die Stadtbegrünung mit Bäumen liege beim Referat von BM Pätzold und nicht beim GFF im Referat von BM Thürnau. Nach Auffassung von StR Ozasek sei es dringlich, dem Gre-

mium zeitnah einen Bericht mit dem Inhalt vorzulegen, welche Potenzialstandorte vor allem in den Straßenzügen und in den Grünsanierungsgebieten in der LHS identifiziert worden seien. Seiner Kenntnis nach sei in diesem Zusammenhang mindestens eine Personalstelle beschlossen worden, so der Stadtrat. Allerdings werde zudem externe Expertise eingekauft. In Barcelona sei beispielsweise entschieden worden, 80 Prozent des öffentlichen Raums sollten natürlich beschattet werden. Dort würden konsequent die Straßenzüge angegangen und ein Baumdach installiert. Zum jetzigen Zeitpunkt würden die Bäume gepflanzt, die zukünftig Schatten spenden sollten, damit die Stadt funktionieren könne und öffentliche Räume nicht ausstürben. Abschließend äußert der Stadtrat ein großes Lob für die Leistung des Tiefbauamts und des GFF, welches sehr innovativ aktiv sei. Er freue sich u. a. auf die zukünftige Berichterstattung des Instituts für sozialwissenschaftliche Analysen und Beratung (ISAB). Vor allem der Klimaatlas, der derzeit federführend von der Klimaschutz- und Energieagentur Baden-Württemberg GmbH (KEA) in Karlsruhe fortgeschrieben werde, müsse die Stadt besonders im Hinblick auf die Klimasanierungsgebiete dringend interessieren. Diese Gebiete sollten im Stadtgebiet identifiziert und mit gezieltem Mitteleinsatz und Maßnahmen festgelegt werden.

Der Verwaltung sei bekannt, auf was es ankomme, so StR Zaiß (FW). Dieses sei dem Bericht so zu entnehmen. Obwohl zahlreiche Wortbeiträge zu dem vorliegenden Thema geäußert worden seien, brächten die geforderten Nachverdichtungen beispielsweise in der Bauwirtschaft in der Stadt als Folge kein Grün mit sich. Dieser Aspekt solle bei einigen Projekten berücksichtigt werden. Schließlich finde eine Versiegelung an Orten statt, die nicht versiegelt werden sollten. Seine Fraktion unterstütze das Gesamtthema.

StR Köhler (AfD) betont in Bezug auf die Erwärmung der LHS, er schließe sich den Schutzmaßnahmen gegen Hitze an. Angesichts einer sehr starken Katastrophenannahme müsse festgestellt werden, es gebe Hitzetote und deren Anzahl steige an. Leider sei die Natur etwas zynisch, da ungleich mehr Kältetote bestünden, deren Zahl dagegen abnehme. Insofern sehe er hier eine zynische Relation, auf die ebenso hingewiesen werden müsse.

Die Klimawandelanpassung stelle eine gemeinsame Aufgabe dar, für die allerdings keine neue Struktur benötigt werde, so BM Pätzold. Einige Maßnahmen seien nicht direkt erkennbar. Dies treffe beispielsweise auf die von Frau Ortmann vorgestellten Zisternen für Bäume zu: Hierzu sei die Planung vom ASW erfolgt. In den Bebauungsplänen bestehe seit Langem eine Festsetzung in Bezug auf die Regenwasserversickerung. Die neue Energierichtlinie fordere eine 30prozentige Begrünung der Gebäudeoberfläche. Der Aspekt der Begrünung und gleichzeitigen Nutzung für PV-Anlagen auf Gebäudedächern werde bereits umgesetzt und unter einem nachfolgenden TOP in der heutigen Sitzung behandelt. Die Verwaltung setze zahlreiche Maßnahmen sowohl bei Neubaugebieten als auch bei Sanierungen um. Allerdings sei hierfür der entsprechende Platz und die Möglichkeit der Maßnahmenumsetzung hinsichtlich des Untergrunds erforderlich. Ziel der Verwaltung sei eine gesamtheitliche Umsetzung. Beispielsweise sei der NeckarPark, der als Retentionsfläche diene, zu einem Zeitpunkt beschlossen worden, in dem das Thema Regenwasserversickerung schon berücksichtigt worden sei. Alle entsprechenden Aspekte seien damals bereits frühzeitig in die Bauleitplanung aufgenommen worden und stellten die Grundlage des Handelns der Verwaltung dar.

BM Thürnau ergänzt, in den im Referat T von dem Aspekt betroffenen Ämtern Hochbauamt, Tiefbauamt mit Eigenbetrieb Stadtentwässerung (SES) sowie GFF sei das

Thema eindeutig angekommen, was die aufgezeigten Beispiele gezeigt hätten. Es sei keine übergeordnete Organisationsstruktur notwendig. Falls sich innerhalb der Verwaltung größere Flächen wie der NeckarPark oder das C1-Gelände in der Erschließung befänden, werde beispielsweise das Thema, wie eine Fassadenbegrünung mit dem vorhandenen Regenwasser bewässert werden könne, um kein Frischwasser verwenden zu müssen, von den betroffenen Ämtern intensiv diskutiert. Den Antrag von PULS, den Marktplatzbunker zu einem zentralen großen Niederschlagswasserspeicher umzubauen, habe er mit einem Schmunzeln zur Kenntnis genommen, da bei einer möglichen Verwirklichung der Bodenbelag erneut aufgerissen werden müsse, der erst kürzlich verlegt worden sei. BM Thürnau erinnert daran, dass nach dem Abbau der alten Messe und der Anlegung des grünen U eine riesige Kelleranlage erhalten worden sei, die als Wasserspeicher hergerichtet worden sei. Dieser werde aus einem Neubaugebiet mit Regenwasser versorgt und das GFF könne mit dem Wasser den Killesberg bewässern. Es sei nicht der Fall, dass die Verwaltung auf einem Baum sitzen und Bananen essen würde.

Die Verwaltung führe durchaus zahlreiche Maßnahmen zum Klimaschutz durch, stellt StR Rockenbauch klar. Allerdings bemesse sich die Aufgabe nicht daran, welche Maßnahmen ohnehin bereits geplant seien. Sie bemesse sich vielmehr daran, die Stadt und den Bestand bis zum Jahr 2050 umbauen zu müssen. So stelle sich beispielsweise hinsichtlich Durchlüftungsthemen die Frage, ob ein Plan für den Abriss von Gebäuden im Talgrund West vorliege. Ein Rahmenplan stelle als städtebauliches Abwägungsmaterial eine Voraussetzung dar, wenn entsprechende Bebauungspläne angegangen würden und Sanierungsgebiete anstünden - allerdings aus anderen Anlässen. Die Bebauungs- und Sanierungspläne würden zu keiner Zeit aus Klimagesichtspunkten angepasst, sondern aus anderen Aspekten. Für eine Umsetzungs- und Anpassungsstrategie für Klimawandel würden Maßnahmen aus Sicht des Klimaschutzes benötigt. Die Stadt sei jedoch noch nicht so weit, großflächig zusätzliche Projekte Quartier für Quartier zu generieren. Für diese Aufgabe benötige die Verwaltung Unterstützung und eine zusätzliche Ressourcenausstattung durch den Gemeinderat.

StR Ozasek betont, es bestehe durchaus eine Ämterkompetenz und es würden zahlreiche Maßnahmen durchgeführt. Allerdings müssten dort Klimasanierungsgebiete ausgewiesen werden, wo Multigefahren konzentriert bestünden, mit denen umgegangen werden müsse. Beispielsweise werde aufgrund des Reliefs der LHS auf dem Killesberg ein anderes Wassermanagement benötigt als auf dem Marktplatz in der Innenstadt. In Bezug auf die Sturzflut im Jahr 2021 müsse darauf geachtet werden, dass das Wasser nicht die Kanalisation flute und die Klettpassage und kritische Infrastrukturen gefährde. Hierbei gehe es um den Aspekt der Umnutzungskultur und den kreativen Umgang mit der vorhandenen Infrastruktur im bebauten Bestand. Da sich einige Fraktionen nicht mit dem Marktplatzpflaster anfreunden könnten, könne sich möglicherweise eine politische Mehrheit für ein erneutes Aufreißen der Fläche finden, betont der Stadtrat spaßeshalber in Bezug auf den Antrag seiner Fraktion, den Marktplatzbunker zu einem zentralen großen Niederschlagswasserspeicher umzubauen. Dieser Impuls könne als Idee möglicherweise in der Zukunft realisiert werden, es bestehe hierbei kein kurzfristiger Zeithorizont. Hinsichtlich des neuen Stadtraums B14 stelle sich die Frage, was mit den Untertunnelungsbereichen auf der Ebene "minus 1" geschehe und ob es eine Idee für ein Wassermanagement in der kritischen Innenstadt wäre. An BM Pätzold gewandt betont StR Ozasek, die Stadt führe unstrittig zahlreiche und richtige Maßnahmen durch und es bestehe eine Ämterkompetenz. In seiner Argumentation gehe der Bürgermeister stets auf die Bausteine der Stadttransformation der Quartiere ein. Dort würden zwar zahlrei-

che richtige Maßnahmen durchgeführt, allerdings gehe es um die bebaute Stadt. Dort entscheide sich, ob die Klimaanpassung und die Transformation beherrscht werde oder nicht. In diesen Stadterneuerungsgebieten und den Stadtsanierungsgebieten geschehe jedoch zu wenig und dort werde weiterhin der Stellplatz im öffentlich Raum gegen den Baum abgewogen. Dies werde auch von den Ämtern des Referats SWU durchgeführt, da man nicht mit der Bevölkerung anecken wolle, was er auch nachvollziehen könne, so der Stadtrat. Daher müssten derartige Prozesse auch im Klima-Bürger\*innenrat thematisiert werden, um eine große Linie darzustellen. Die Aussage "Wir machen schon alles richtig" sei nicht ausreichend. Vielmehr würden eine Klimaleitplanung und die Ausweitung von Klimasanierungsgebieten im Stadtgebiet benötigt. Zudem müssten gezielt Maßnahmen identifiziert werden, wie dort Stadtreparatur betrieben werden könne, um sich für die Zukunft zu wappnen.

In Bezug auf das Thema Schwammstadt seien die Aktivitäten des Referats von BM Thürnau für das Eigentum der Stadt vollumfänglich angekommen, betont StRin Munk. Allerdings gehe es um die Entwicklung von eigentumsübergreifenden Konzepten, da an jeglicher Stelle Regenwasser anfallt und abfließe. Daher könne möglicherweise eigentumsübergreifend eine Zisterne in den Boden unter eine Straße eingebracht werden, um das Regenwasser für die Bewässerung verwenden zu können. Genau an diesen Punkten setzte der Hasenbrunnen an, da zahlreiche private Eigentümer vorhanden seien, eine Fläche mit mehreren Bäumen der Stadt gehöre und der Betreiber eine Initiative sei. Obwohl gebührenrechtliche Aspekte bestünden, funktioniere lediglich auf diese Art und Weise eine Schwammstadt in der Fläche im Bestand, wenn die Eigentumsgrenzen überwunden würden. Dieses Thema müsse intensiv angegangen werden.

BM Pätzold betont, er habe nicht aussagen wollen, die von der Verwaltung ergriffenen Maßnahmen seien ausreichend. Häufig bestehe die Tendenz einer Behauptung, dass die Stadt keine Aktivitäten entfalte. Daher sei es ihm in seiner Darstellung in Bezug auf seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ein Anliegen, dass die Verwaltung zwar zahlreiche Themen bearbeite, diese jedoch oftmals nicht sichtbar seien. Der Rahmenplan Talgrund West sei aufgestellt worden, weil die Verwaltung die Themen Innenentwicklung, Stadtklima und Anpassung an den Klimawandel zusammenbringen wolle. Dieser Rahmenplan sei stets ein Thema, da ein Bebauungsplan neben dem Olgaareal aufgestellt worden sei. Die Bebauung sei dort von der Verwaltung nicht in der Form neu zugelassen worden, wie ursprünglich vorgesehen. Dies habe der Verwaltung einen umfangreichen Schriftwechsel mit dem Eigentümer eingebracht. An der Schlosserstraße bestehe ein Aufstellungsbeschluss eines Bebauungsplans, der eine Grünfläche sichere, auf der eigentlich eine Bebauung vorgesehen sei. Dies stelle ebenso einen Aspekt bei der Anpassung an den Klimawandel dar. Auf diese Weise versuche die Verwaltung in den Stadtsanierungsgebieten, die Aspekte Grün, Artenschutz und die Rückeroberung des öffentlichen Raums hin zu einer begrüneten Landschaft umzusetzen, was von Frau Hartmann unter TOP 2 (NNr.46) der heutigen Sitzung ausgeführt worden sei. An allen Stellen des öffentlichen Raums müsse der Umgang mit dem Regenwasser geprüft werden und der Aspekt der Versickerung berücksichtigt werden. Ebenso stelle sich die Frage, an welcher Stelle Platz für eine Zisterne vorhanden sei und wo sich unterirdische, nicht mehr genutzte Bauwerke befänden. Nicht alle Aspekte sollten in der Planung bis unten abgebrochen werden, da dies Kosten verursache. Insbesondere die SES sei seit Jahren dabei, das Thema Klimawandel in die Berechnung des Kanalsystems mitaufzunehmen. Das Problem der Verwaltung sei, dass eine personelle Kapazität in dem Umfang vorhanden sei, mit der gewisse Dinge wie beispielsweise der Wohnungsbau mit Bebauungsplänen umgesetzt werden könnten. An einer gewissen Stelle

sei die Kapazität für die vorhandenen Maßnahmen erschöpft. Der Beschluss für zusätzliche Personalstellen in der Verwaltung sei zwar erfreulich und dieses werde sicher in den nächsten Haushaltsplanberatungen erneut erfolgen. Allerdings bestehe aktuell ein eklatanter Fachkräftemangel im städtischen Baubereich (GFF, Hochbauamt, Tiefbauamt, Stadtplanungsamt). Daher müsse in manchen Fällen zwei- bis dreimal ausgeschrieben werden. Dieser Umstand müsse berücksichtigt werden, indem die Priorisierung der vorhandenen Arbeiten geprüft werden müsse.

BM Pätzold stimmt den Wortbeiträgen zu, den Umbau der Stadt weiter voranzutreiben und weiter an den Klimawandel anzupassen. Die Stadtklimatologie habe stets darauf hingewiesen, insbesondere im Talkessel bestehe in den Sommermonaten ein großes Problem mit dem Aspekt der Aufheizung. Nach einer Woche mit Temperaturen über 30 Grad setze nachts keine Abkühlung mehr ein. Diese Thematik müsse bei allen Projekten angegangen werden. Daher sei beispielsweise das Programm Urbanes Grün aufgelegt worden. Dieses solle die Privatinitiative anregen, die Hinterhöfe selber anzugehen. Die Verwaltung stelle Gelder zur Verfügung, um eine Entsiegelung vorzunehmen. Diese sei nicht nur für das Kleinklima hilfreich, sondern ebenso für den Aspekt der Nutzung der Hinterhöfe, die oftmals versiegelt seien und nicht genutzt oder untergenutzt würden. Daher werde auf diese Weise die Wohnqualität gesteigert, da hierbei ein eigener Spielplatz bzw. ein zusätzliches Wohnzimmer im Sommer geschaffen werde. Dieser Trend nehme kontinuierlich zu. Allerdings müssten die Eigentümer hierbei miteinbezogen werden. Falls mehrere Eigentümer vorhanden seien, werde die Umsetzung der Maßnahmen schwierig. Bei der Sanierung von Hinterhöfen oder öffentlichem Raum kämen zahlreiche Eigentümer auf die Verwaltung zu und erkundigten sich nach einer Beratung, da sie die Förderprogramme für Regenwassernutzung oder für die Errichtung einer Zisterne in Betracht zögen. Ziel der Verwaltung sei die Bewerbung ihrer Förderprogramme, weshalb das "Mobile Grüne Zimmer" an verschiedenen Orten der LHS eingesetzt werde. Im öffentlichen Raum bestehe oftmals eine Zieldiskussion, da dort nicht lediglich Bäume, sondern beispielsweise ebenso ein Radweg Platz benötige. Über diese Zielkonflikte müsse zu einem gewissen Zeitpunkt von einem entsprechenden politischen Gremium entschieden werden, um in die Umsetzung zu gelangen. Die Verwaltung stelle sich dieser Aufgabe und sei hierbei erfreut über die politische Unterstützung.

Ihre Fraktion werde BM Pätzold für diese Themen vollste Unterstützung in den nächsten Haushaltsplanberatungen geben, so StRin Munk. Sie sei gespannt auf die entsprechenden Vorschläge und Haushaltsmitteilungen und freue sich auf die nächsten Haushaltsplanberatungen.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt BM Pätzold Kenntnisnahme des Berichts durch den Ausschuss für Klima und Umwelt fest.

Zur Beurkundung

Haupt / pö

## Verteiler:

- I. Referat SWU  
zur Weiterbehandlung  
Amt für Umweltschutz
  
- II. nachrichtlich an:
  1. Herrn Oberbürgermeister
  2. *S/OB*  
*Strategische Planung*  
*S/OB-Mobil*  
*Klimaschutz*
  3. Stadtkämmerei (2)
  4. Amt für Revision
  5. L/OB-K
  6. Hauptaktei
  
- III.
  1. *Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN*
  2. *CDU-Fraktion*
  3. *SPD-Fraktion*
  4. *Fraktionsgemeinschaft Die FrAKTION*  
*LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei*
  5. *FDP-Fraktion*
  6. *Fraktionsgemeinschaft PULS*
  7. *Fraktion FW*
  8. *AfD-Fraktion*

*kursiv = kein Papierversand*